

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **19.03.2026** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/Rat/041

Beginn öffentlicher Teil:	18:01 Uhr	Ende öffentlicher Teil:	20:48 Uhr
Beginn vertraulicher Teil:	20:50 Uhr	Ende vertraulicher Teil:	20:53 Uhr

---

**ANWESENHEIT:**

**Ratsvorsitzende**

Meinig, Birgit

**Bürgermeister**

Pollehn, Armin

**2. stellv. Bürgermeisterin**

Neitzel, Beate

**Ratsherren/-frauen**

Alker, Rudolf	ab Top 4
Bierkamp, Dirk	bis Top 28.1
Braun, Hartmut	
Braun, Jens	
Fleischmann, Michael	ab Top 4
Gawlik, Mario	
Gersemann, Christiane	
Hattendorf, Johanna	bis Top 3
Heller, Simone	
Hinz, Gerald	
Höfner, Joachim	
Kicza, Tanja	
Köneke, Klaus	
Lilienthal, Anika	bis Top 26
Münzberg, Sinja	bis Top 12
Nijenhof, Rüdiger	
Paul, Matthias	
Paul, Susanne	
Peisker, Niklas	
Schweer, Cord-Heinrich	
Sieke, Oliver	
Steinbeck-Behrens, Cord, Dr.	
Sund, Björn	
Thöner, Dagmar	
Vehling, Karl-Heinz, Dr.	
Voß, Gabriele	
Wendt, Jörgen	

Wortmann, Thomas

**Verwaltung**

Kugel, Michael  
Beerbaum-Vellinga, Fokeline  
Giere, Janna  
Piel, Anja  
Raue, Nicole  
Vierke, Silke

**TAGESORDNUNG**

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Gedenken an Verstorbene
3. Sitzverlust des Ratsmitgliedes Johanna Hattendorf im Rat der Stadt Burgdorf  
Vorlage: BV 2026 1241
4. Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Rudolf Alker
5. Genehmigung der Protokolle über die Sitzung des Rates
- 5.1. Genehmigung des Protokolls vom 11.12.2025
- 5.2. Genehmigung des Protokolls vom 27.01.2026
6. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 6.1. Haushaltssicherungsbericht 2024  
Vorlage: M 2026 1253
7. Umsetzung des Ganztagsanspruchs in der Stadt Burgdorf  
Vorlage: BV 2026 1248
- 7.1. Umsetzung des Ganztagsanspruchs in der Stadt Burgdorf  
Vorlage: BV 2026 1248/2
- 7.2. Umsetzung des Ganztagsanspruchs in der Stadt Burgdorf  
Vorlage: BV 2026 1248/3
8. Abschaffung des Duschgrochens 2025 - Antrag der WGS FreieBurgdorfer  
Vorlage: A 2025 1018
9. Energiekostenbeteiligung der Burgdorfer Sportvereine - Einführung eines neuen Gebührenmodells  
Vorlage: BV 2025 1196

- 9.1. Energiekostenbeteiligung der Burgdorfer Sportvereine - Einführung eines neuen Gebührenmodells  
Vorlage: BV 2025 1196/1
10. Grundsatzbeschluss zum Umgang mit § 36a BauGB - Einführung der BauGB-Novelle 2025  
Vorlage: BV 2026 1211
- 10.1. Grundsatzbeschluss zum Umgang mit § 36a BauGB - Einführung der BauGB-Novelle 2025  
Vorlage: BV 2026 1211/1
11. Weiterentwicklung und Strukturierung des Präventionsrates Burgdorf
- 11.1. Weiterentwicklung und Strukturierung des Präventionsrates Burgdorf  
Vorlage: BV 2026 1249
- 11.2. Weiterentwicklung und Strukturierung des Präventionsrates Burgdorf: Antrag der FGB-Fraktion  
Vorlage: A 2026 1249/1
- 11.3. Weiterentwicklung und Strukturierung des Präventionsrates Burgdorf  
Vorlage: BV 2026 1249/2
12. Nachtragsstellenplan 2026  
Vorlage: BV 2026 1207
- 12.1. Nachtragsstellenplan 2026  
Vorlage: BV 2026 1207/1
- 12.2. Nachtragsstellenplan 2026  
Vorlage: BV 2026 1207/2
13. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2026 und Investitionsprogramm 2026 bis 2029  
Vorlage: BV 2026 1208
- 13.1. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2026 - 1. Änderungsliste  
Vorlage: BV 2026 1208/1
- 13.2. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2026 - 2. Änderungsliste  
Vorlage: BV 2026 1208/2
14. Übertragung des Alten Feuerwehrhauses Dachtmissen auf den Förderverein Historischer Löschzug der Stadt Burgdorf e. V.  
Vorlage: M 2025 1190/1
- 14.1. Übertragung des Alten Feuerwehrhauses Dachtmissen auf den Förderverein Historischer Löschzug der Stadt Burgdorf e. V.  
Vorlage: BV 2025 1190
15. Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung - Nachbenennung durch die CDU-Fraktion  
Vorlage: BV 2026 1233

16. Beratende Mitgliedschaft des Seniorenrates Burgdorf im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr  
Vorlage: BV 2026 1259
17. Beratende Mitgliedschaft des Arbeitskreises Barrierefreies Burgdorf im Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung  
Vorlage: BV 2026 1261
- 17.1. Beratende Mitgliedschaft des Arbeitskreises Barrierefreies Burgdorf im Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung  
Vorlage: BV 2026 1261/1
18. Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses - Nachbenennung durch die CDU-Fraktion  
Vorlage: BV 2026 1232
19. Pachtzins für die städtischen Kleingartenanlagen "Drei Eichen" und "Grüne Aue"  
Vorlage: BV 2025 1170
20. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr der Stadt Burgdorf außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung)  
Vorlage: BV 2026 1229
21. Satzung der Stadt Burgdorf über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungsbereich (Verwaltungskostensatzung)  
Vorlage: BV 2026 1237
22. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Obdachlosenunterkünften in der Stadt Burgdorf  
Vorlage: BV 2026 1250
23. Machbarkeitsstudien Rathäuser I, II und III - Konzept zur Sanierung der Rathäuser I-III  
Vorlage: BV 2020 1353/1
- 23.1. Machbarkeitsstudien Rathäuser I, II und III - neue Stadtmitte Burgdorf - Rathaus neu denken - Antrag der Fraktion Freigeist Burgdorf  
Vorlage: A 2020 1353/3
- 23.2. Machbarkeitsstudien Rathäuser I, II und III  
Vorlage: BV 2020 1353/3
24. Nutzungskonzept Rathaus I  
Vorlage: BV 2026 1252
25. Zuwendungen/Spenden  
Vorlage: BV 2026 1226
26. Konzept Winterdienst - Antrag von Ratsmitglied Michael Fleischmann  
Vorlage: A 2026 1260

27. Initiative zur Wiedereinführung des Kfz-Kennzeichens „BU“ - Antrag der Fraktion WGS Freie-Burgdorfer  
Vorlage: A 2026 1262
28. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 28.1. Windenergieanlagen im Bereich Ahrbeck - Anfrage von Ratsmitglied Herrn Michael Fleischmann  
Vorlage: F 2025 1189/1
- Einwohnerfragestunde

## Öffentlicher Teil

### **Einwohnerfragestunde**

**Ratsvorsitzende Meinig** weist darauf hin, dass die Ratssitzungen, einschließlich der Einwohnerfragestunden, mitgeschnitten werden. Diese Tonaufnahmen erfolgen ausschließlich zur Protokollierung der Sitzung. Es findet keine Veröffentlichung und Speicherung statt. Die Löschung erfolgt jeweils nach Genehmigung des Protokolls.

Ein **Einwohner** nutzt die Einwohnerfragestunde um sich für das ehrenamtliche Engagement der Ratsmitglieder zu bedanken und verteilt Süßigkeiten.

Fragen werden nicht gestellt.

### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Ratsvorsitzende Meinig** öffnet die Sitzung um 18:01 Uhr und begrüßt die Einwohnerinnen und Einwohner, die Ratsmitglieder sowie die Presse.

**Ratsvorsitzende Meinig** berichtet von den aktuell im Ratssaal ausgestellten Bildern.

**Ratsvorsitzende Meinig** richtet Glückwünsche an die Ratsmitglieder, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten.

**Ratsvorsitzende Meinig** stellt nach ordnungsgemäßer Ladung die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Anwesenheit teilt **Ratsvorsitzende Meinig** mit, 1. stellv. Bürgermeisterin Buhndorf, Ratsfrauen Baumgarten und Thieleking sowie die Ratsherren Apel und Dr. Kaefer haben sich entschuldigen lassen.

**Ratsvorsitzende Meinig** weist darauf hin, dass die Tagesordnung aufgrund der hohen Anzahl an zu beratenden Tagesordnungspunkten und unter Berücksichtigung des bestehenden Interesses bei den Zuhörerinnen und Zuhörern umgestellt

wurde. Die geänderte Tagesordnung wurde in das Ratsinformationssystem eingepflegt und liegt den Zuhörerinnen und Zuhörern in ausgedruckter Form vor.

Es bestehe die Empfehlung, die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte

- 7.1 Umsetzung des Ganztagsanspruchs in der Stadt Burgdorf  
Vorlage: BV 2026 1248/2
- 7.2 Umsetzung des Ganztagsanspruchs in der Stadt Burgdorf  
Vorlage: BV 2026 1248/3
- 10.1 Grundsatzbeschluss zum Umgang mit § 36a BauGB - Einführung der BauGB-Novelle 2025  
Vorlage: BV 2026 1211/1
- 17.1 Beratende Mitgliedschaft des Arbeitskreises Barrierefreies Burgdorf im Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung  
Vorlage BV 2026 1261/1
- 23.2 Machbarkeitsstudien Rathäuser I, II und III - Konzept zur Sanierung der Rathäuser I-III  
Vorlage: BV 2020 1353/3

zu ergänzen.

Den Ergänzungsvorlagen sind die Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse zu entnehmen bzw. die im Nachgang erfolgte namentliche Benennung der vom Arbeitskreis Barrierefreies Burgdorf empfohlenen Mitglieder im Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung.

Die Tagesordnungspunkte

- 24. Nutzungskonzept Rathaus I  
Vorlage: BV 2026 1252
- 27. Initiative zur Wiedereinführung des Kfz-Kennzeichens „BU“ - Antrag der Fraktion WGS FreieBurgdorfer  
Vorlage: A 2026 1262

können von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Die Beratungen zum Nutzungskonzept des Rathauses I wurden aufgrund weitergehenden Informations- und Beratungsbedarfs zurückgestellt. Der Antrag der Fraktion WGS FreieBurgdorfer wird direkt in den Fachausschuss eingebracht.

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen angenommen.**

## 2. Gedenken an Verstorbene

---

**Ratsvorsitzende Meinig** erinnert an die im Januar des vergangenen Jahres verstorbene Lieselotte Kamp, die von 1983 bis 1996 dem Rat angehörte, von 1986 bis 1996 Mitglied des Orsrates Ramlingen-Ehlershausen war und in diesem Zeitraum auch das Amt der Ortsbürgermeisterin von Ramlingen-Ehlershausen innehatte.

**Ratsvorsitzende Meinig** erinnert weiter an den im März 2025 verstorbenen Werner Mierswa, welcher von 2001 bis 2006 Mitglied des Rates und von 1991 bis 2006 Mitglied des Orsrates Otze war.

Ebenso erinnert **Ratsvorsitzende Meinig** an Leo Beigel, welcher ebenfalls im März 2025 verstorben ist und von 1971 bis 1991 Mitglied des Rates war.

Im April 2025 verstarb Hartmut Unverzagt. Herr Unverzagt war von 1986 bis 2011 Mitglied des Rates.

Im Juni 2025 verstarb Dieter Polch, welcher von 1972 bis 1986 Mitglied des Rates war.

**Bürgermeister Pollehn** erinnert an die im Januar dieses Jahres verstorbene erste Bürgermedaillenträgerin Frau Margret Hoppe.

Nur zwei Tage später, ebenfalls im Januar 2026, verstarb Bürgermedaillenträger Norbert Langen.

**Ratsvorsitzende Meinig** bittet die Anwesenden, sich zum Gedenken an die Verstorbenen zu erheben.

Der Rat gedenkt den Verstorbenen in einer Schweigeminute.

## 3. Sitzverlust des Ratsmitgliedes Johanna Hattendorf im Rat der Stadt Burgdorf Vorlage: BV 2026 1241

---

**Frau Hattendorf** bedankt sich für die Zeit im Rat und für das Vertrauen, dass die Fraktion in sie gesetzt habe. Gerade bei jüngeren Menschen verändere sich das Leben oft in kurzer Zeit, und fünf Jahre seien ein langer Zeitraum. Ihr politischer Weg gehe dennoch weiter, da sie sich auch an ihrem neuen Wohnort engagieren wolle. Sie freue sich, wenn auch künftig der Mut aufgebracht werde, junge Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen. Abschließend betont sie, dass sie den Rat sehr vermissen werde.

**Beigeordneter Hinz** spricht Frau Hattendorf Dank aus und würdigt ihren Einsatz im Rat. Sie habe sich als Fraktionsgeschäftsführerin voll eingebracht, das politische Handwerk erlernt und im Rat wichtige Akzente gesetzt. Er wünsche ihr, auch an ihrem neuen Wohnort in der Kommunalpolitik aktiv zu bleiben. Das Handwerk, das sie hier gelernt habe, werde sie mitnehmen.

**Bürgermeister Pollehn** verliest die Urkunde. Anschließend sprechen **Ratsvorsitzende Meinig** und **Bürgermeister Pollehn** Frau Hattendorf ebenfalls Dank aus und überreichen Blumen.

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Es wird festgestellt, dass die Voraussetzungen zur Beendigung der Mitgliedschaft des Ratsmitgliedes Johanna Hattendorf im Rat der Stadt Burgdorf vorliegen (§ 52 Abs. 2 i.V.m. § 52 Abs. 1 Nr. 2 NKomVG).**

**4. Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Rudolf Alker**

---

**Bürgermeister Pollehn** begrüßt das neue Ratsmitglied Rudolf Alker und nimmt die Verpflichtung vor.

**Ratsherr Alker** berichtet, er habe nicht mehr damit gerechnet, in den Rat nachzurücken, freue sich jedoch auf die kommenden Monate bis zum Ende der Wahlperiode. Er baue auf gute Zusammenarbeit und faire Auseinandersetzung.

**Ratsvorsitzende Meinig** betont, sie freue sich auf eine gute Zusammenarbeit und überreicht Blumen.

**5. Genehmigung der Protokolle über die Sitzung des Rates**

---

**5.1. Genehmigung des Protokolls vom 11.12.2025**

---

Der Rat fasst mit 26 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Das Protokoll vom 11.12.2025 wird genehmigt.**

**5.2. Genehmigung des Protokolls vom 27.01.2026**

---

Der Rat fasst mit 25 Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Das Protokoll vom 27.01.2026 wird genehmigt.**

**6. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**6.1. Haushaltssicherungsbericht 2024**  
**Vorlage: M 2026 1253**

---

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**7. Umsetzung des Ganztagsanspruchs in der Stadt Burgdorf**  
**Vorlage: BV 2026 1248**

---

Die Tagesordnungspunkte 7 bis 7.2 werden gemeinsam behandelt.

**7.1. Umsetzung des Ganztagsanspruchs in der Stadt Burgdorf**  
**Vorlage: BV 2026 1248/2**

---

**7.2. Umsetzung des Ganztagsanspruchs in der Stadt Burgdorf**  
**Vorlage: BV 2026 1248/3**

---

**Beigeordnete Gersemann** macht deutlich, dass alle Kommunen derzeit vor der Aufgabe stünden, den Anspruch auf Ganztagsbetreuung umzusetzen. Die Stadt Burgdorf, als Trägerin der Jugendhilfe und Jugendpflege, habe hier besonders gute Chancen das Projekt zu entwickeln, so dass das Ganztagsangebot bereits ab dem kommenden Schuljahr angeboten werden könne. Die Umsetzung sei nicht einfach gewesen und sie spricht allen Beteiligten ihren Dank aus. Die Arbeit in den Fachausschüssen habe gezeigt, wie konstruktive Zusammenarbeit aussehen könne und es habe viele gute Vorschläge und Anmerkungen gegeben. Dabei sei das vorliegende Konzept nicht das Ende der Überlegungen. Es müssten weiter Wege gefunden werden, qualifiziertes Personal zu finden und zu halten. Auch sei die Finanzierung noch nicht abschließend geklärt und die Erfahrung zeige, dass mit weiteren Herausforderungen im Umsetzungsprozess gerechnet werden müsse. Das vorliegende Papier biete eine solide Basis für das weitere Handeln und sie wirbt dafür, dem Konzept eine Chance zu geben.

**Beigeordneter H. Braun** stimmt Beigeordneter Gersemann zu und ergänzt, dass nun auch die Anliegen der Eltern hinreichend berücksichtigt worden seien. Die finanzielle Herausforderung liege jedoch weiterhin vor. Für eine derart finanzschwache Gemeinde sei dies schwer zu stemmen; er sei jedoch optimistisch, dass ein guter Kompromiss gefunden worden sei. Die Kommunen seien häufig nur ausführende Organe für Aufgaben, die von Land und Bund vorgegeben würden. Er wirbt für Zustimmung.

**Ratsherr Nijenhof** macht deutlich, dass Kritik in der Beratung einer Zustimmung nicht entgegenstehen müsse. In diesem Fall werde er jedoch nur zustimmen, damit der Prozess überhaupt weitergehe. Das Konzept sehe er grundsätzlich kritisch. So seien die Kommunen erneut nicht mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet worden. Seine eigenen Kinder besuchten derzeit den Hort und müssten durch das Ganztagsangebot einen qualitativen Rückschritt in Kauf nehmen. Für andere Eltern, die bislang keinen Hortplatz bezahlt hätten, stelle das Konzept hingegen einen Fortschritt dar.

Es könne nicht sein, dass immer wieder Leistungen von Bund und Land gefordert würden, ohne die Kommunen mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Weiter

habe es noch vor der ersten Beratung in den Fachausschüssen einen Brief der Eltern gegeben, in dem Druck aufgebaut worden sei, damit ein Anspruch auf Betreuungsplätze nicht entfalle. Es sei wichtig, verlässliche Lösungen zu schaffen; es dürfe jedoch nicht heute entschieden werden, was in einem Jahr benötigt werde, um sich nicht selbst einzuschränken. Zuletzt erinnert **Ratsherr Nijenhof** daran, dass der Beschluss der Bundesregierung bereits 2021 gefasst worden sei, die konkrete Ausarbeitung jedoch erst jetzt erfolge. Vergeblich sei darauf gewartet worden, dass noch finanzielle Mittel folgen würden.

**Ratsfrau Lilienthal** fragt, weshalb Punkt 5 noch im Beschlussvorschlag enthalten sei. Sie habe im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie gebeten, den Punkt herauszunehmen.

**Erster Stadtrat Kugel** antwortet, der Punkt könne so mitbeschlossen werden. Die eigentliche Kostenfrage werde erst im Juni geklärt. Der heutige Beschluss sei zunächst als Arbeitsauftrag an den Bürgermeister zu verstehen.

**Ratsherr Nijenhof** meint sich zu erinnern, dass Ratsfrau Lilienthal eine getrennte Abstimmung gewünscht habe. Er bittet darum, in das Konzept eine Härtefallregelung aufzunehmen, sodass in der Verwaltung geprüft werden könne, ob ein entsprechender Fall vorliege.

**Ratsherr Köneke** führt aus, er könne nahezu allen Punkten zustimmen. Lediglich den Aspekt der Finanzierung erachte er als nicht zustimmungsfähig. Er hätte sich gewünscht, die Kostenfrage bereits an dieser Stelle zu klären. Es sei noch einiges zu bedenken, und er halte den heutigen Beschluss für nicht zielführend.

**Ratsherr Nijenhof** fragt erneut nach der Formulierung zu Punkt 5 „Elternbeitrag in Höhe von 50 €/60 €/70 € pro Woche“ und ob hier eine Härtefallregelung angemessen wäre.

**Ratsvorsitzende Meinig** macht deutlich, dass der heutige Beschluss vorsehe, dass im weiteren Verlauf noch konkretere Beschlüsse zu fassen seien.

Es folgte eine kurze Diskussion über die Kostenfrage mit dem Vorschlag, die Worte „in Höhe von 50 €/60 €/70 € pro Woche“ unter Punkt 5 des Beschlussvorschlages zu streichen.

**Ratsvorsitzende Meinig** bittet um Abstimmung über den Vorschlag.

**Der Rat fasst mehrheitlich bei einer Gegenstimme den Beschluss, die Worte „in Höhe von 50 €/60 €/70 € pro Woche“ unter Punkt 5 des Beschlussvorschlages zu streichen.**

**Ratsherr J. Braun** kritisiert, er wolle nicht „die Katze im Sack kaufen“, ohne zu wissen, welche Kosten auf die Stadt Burgdorf zukämen. Er bittet darum, die Entscheidung zu vertagen, bis die Einzelheiten geklärt und die Finanzierung gesichert sei. Besonders bedaure er, dass der familiäre Zusammenhalt seit den 1970er-Jahren kontinuierlich abnehme, und befürchte, dies werde durch den Ganztagsanspruch weiter forciert. Oft seien beide Eltern berufstätig, und die Kinder müssten darunter leiden. Kinder würden nicht mehr zu Hause, sondern überwiegend in Kita und Schule erzogen, wodurch der Familiensinn verloren gehe.

**Ratsvorsitzende Meinig** stellt klar, dass es sich um einen gesetzlichen Anspruch handle und die Stadt Burgdorf zur Umsetzung verpflichtet sei.

**Erster Stadtrat Kugel** bittet den Beschluss heute zu fassen, damit Planungssicherheit herrsche.

**Ratsherr Gawlik** macht deutlich, dass das Thema nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden dürfe. Die Spitzenverbände hätten sich lange damit auseinandergesetzt, und es habe nur spärliche Rückmeldungen gegeben. Die Verwaltung habe daher über einen längeren Zeitraum nicht auf Basis klarer Rahmenbedingungen agieren können. Das Angebot müsse nun attraktiv ausgestaltet werden. Kinderbetreuung sei ein hohes Gut, und erst heute werde deutlich, wie umfangreich und kostspielig die Arbeit gewesen sei, die Mütter früher überwiegend allein geleistet hätten.

**Bürgermeister Pollehn** hebt hervor, dass heute erneut ein Meilenstein gesetzt werde. Es sei bereits ausgeführt worden, dass die Stadt mit der Trägerschaft von Jugendhilfe und Jugendpflege in einer besonderen Situation sei. Auch werde die verlässliche Grundschule schon seit vielen Jahren angeboten. Er dankt in diesem Zusammenhang dem Kinderschutzbund, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, die Interessen von Kindern zu schützen, Angebote zu gestalten und Unterstützung zu leisten. Die Kommunen seien in dieser Sache über viele Jahre hinweg hingehalten worden. Die Hauptverwaltungsbeamten der Region hätten sich wiederholt mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt und angemahnt, dass die Kommunen Planungssicherheit benötigten.

**Ratsvorsitzende Meinig** bittet um Abstimmung.

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. **Die Ganztagsbetreuung erfolgt ab dem Schuljahr 2026/27 für alle Schülerinnen und Schüler (SuS) im Grundschulalter (Jahrgänge 1 – 4) im Zeitfenster von 07.30 – 15.30 Uhr. Die vom Land Niedersachsen noch zu beschließende Möglichkeit, vier Wochen Schließzeit zu regeln, wird in Anspruch genommen. Zwei Wochen dieser Schließzeit sind zeitgleich mit der Schließzeit der städtischen Kindertagesstätten zu legen.**
2. **Die Horte werden bis zum Ende der Sommerferien (12.08.2026) fortgeführt. Danach werden die Hortangebote eingestellt.**
3. **Für die SuS mit Förderbedarf ist ein geeignetes Betreuungsangebot zu gewährleisten.**
4. **Die Ganztagsferienbetreuung startet mit den Herbstferien 2026.**
5. **Das der Ursprungsvorlage in den Anlagen 1 und 2 dargestellte Konzept der Ganztagsferienbetreuung wird beschlossen. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Regelung zu entwickeln, die einen Elternbeitrag für die Inanspruchnahme des Ferienangebotes festlegt. Diese Regelung ist den zuständigen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.**
6. **Die Stadt Burgdorf unterstützt weiterhin die Durchführung des Ganztagsangebotes an den Grundschulen in eigener Trägerschaft mit einem jährlichen**

**Zuschuss.** Der Zuschuss ermittelt sich entsprechend dem in dieser Vorlage dargestellten Berechnungsmodell aus dem Gesamtaufwand je Schule bei Berücksichtigung eines Betreuungsschlüssels von 1:15 und 38 Schulwochen, abzüglich der vom Land bereitgestellten Lehrerstunden/kapitalisierten Lehrerstunden.

7. Für die Organisation/Koordination des Ganztagsbetriebes wird ein erhöhter Bedarf je Grundschule festgestellt.

Für den Stellenplan 2027 wird die bestehende 0,5 Stelle für die Koordination/Organisation des Ganztages an der Grundschule Otze um 0,25 Stellen erhöht.

Für die Koordination/Organisation des Ganztages an der Astrid-Lindgren-Grundschule werden 21.000 € je Jahr und für die Gudrun-Pausewang-Grundschule 26.000 € je Jahr bereitgestellt.

8. Der Bürgermeister wird beauftragt, notwendige Konzeptoptimierungen zu erarbeiten und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.
9. Der Bürgermeister wird beauftragt, über die kommunalen Spitzenverbände eine bessere finanzielle Ausstattung des Ganztages/der Ganztagsferienbetreuung durch das Land Niedersachsen einzufordern.
10. Eine Randzeitenbetreuung für die Zeiten 07.00 bis 07.30 Uhr sowie 15.30 bis 17.00 Uhr wird gewährleistet. Ein entsprechendes Konzept (mit Rahmenbedingungen und einem Vorschlag für die Kostenbeteiligung der Eltern) wird den Gremien zur Beratung und Beschlussfassung im 2. Quartal 2026 vorgelegt.
11. Nach Ablauf eines Jahres wird eine Evaluation durchgeführt; die daraus resultierenden Erkenntnisse sind Grundlage für die unter Ziffer 8 genannten Konzeptoptimierungen.

## 8. **Abschaffung des Duschgrochens 2025 - Antrag der WGS FreieBurgdorfer** **Vorlage: A 2025 1018**

---

**Ratsherr Nijenhof** bekräftigt, er sehe den Duschgrochen als nicht mehr zeitgemäß an und empfinde es als klüger, ihn abzuschaffen.

**Ratsherr Fleischmann** unterstützt den Antrag. Energiekosten seien erheblich gestiegen und alles werde teurer. 35.000 Euro seien für die Stadt Burgdorf nicht viel Geld, würde die Vereine aber merklich entlasten.

**Ratsfrau Lilienthal** betont, sie werde ebenfalls für den Antrag stimmen. Die Arbeit der Burgdorfer Vereine können nicht in Geld aufgewogen werden.

**Ratsvorsitzende Meinig** teilt mit, der Verwaltungsausschuss habe den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Rat fasst mit 25 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und vier Gegenstimmen mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

**Der Antrag „Der sog. Duschgroschen wird rückwirkend zum 01.01.2025 abgeschafft“ wird abgelehnt.**

**9. Energiekostenbeteiligung der Burgdorfer Sportvereine - Einführung eines neuen Gebührenmodells**  
**Vorlage: BV 2025 1196**

---

Die Tagesordnungspunkte 9 und 9.1 werden gemeinsam behandelt.

**9.1. Energiekostenbeteiligung der Burgdorfer Sportvereine - Einführung eines neuen Gebührenmodells**  
**Vorlage: BV 2025 1196/1**

---

**Ratsherr Nijenhof** kündigt seine Ablehnung an. Mit diesem Beschluss werde den Vereinen zu viel aufgebürdet. Viele Vereine könnten die aktuellen Kosten schon kaum stemmen. Er kritisiert nochmals die unzureichende finanzielle Ausstattung von Land und Bund und dass dadurch andere Leistungen gestrichen werden müssten.

**Erster Stadtrat Kugel** erinnert an das Haushaltssicherungskonzept 2015, in dem dieser Beschluss enthalten gewesen sei. Mit der heutigen Beschlussfassung werde demnach lediglich ein alter Beschluss umgesetzt. Zur Verbesserung der Haushaltslage regt er an, auch bei Anträgen aus den eigenen Reihen Vorschläge zur Gegenfinanzierung einzureichen.

**Ratsherr Fleischmann** kritisiert, dass heute nicht nur die Energiekosten für Vereine steigen würden. Im weiteren Verlauf der heutigen Ratssitzung würden weitere Gebühren- und Pachterhöhungen anstehen, und auch die Grundsteuer sei erst vor Kurzem angehoben worden. Alles werde teurer, weil aus seiner Sicht fragwürdige Großprojekte wie der Bauhof und die RBG umgesetzt worden seien. Nun zahlten die Bürgerinnen und Bürger die Zeche, während wichtige Bereiche wie die Vereinsförderung hintenüberfielen. Er kündigt an, die Vorlage abzulehnen.

**Ratsfrau Kicza** kündigt an, die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Das Konzept sei im Fachausschuss vorgestellt worden und es seien in die Berechnungsmodalitäten mehr Fakten als bislang reingeflossen. Hier befänden sich die Burgdorfer Vereine im Vergleich im Vorteil, da in Burgdorf gewisse Kosten nicht in die Berechnung einfließen würden. Sie habe mit einigen Vereinen gesprochen und vielen sei klar gewesen, dass die Änderung kommen werde. Sie begrüßt, dass die Änderung rückwirkend ab 2026 statt 2025 eingeführt werde, was die Vereine nicht über Gebühr belaste.

**Ratsfrau Lilienthal** erläutert, sie werde die Vorlage ablehnen. Sie wolle Vereine nicht doppelt belasten. Sie nennt die Gesamtpersonalkosten der Verwaltung und verstehe nicht, weshalb hier nirgends eine Möglichkeit der Einsparung bestehe.

**Beigeordneter Hinz** erläutert, dass es sich bei der Sportförderung um eine freiwillige Leistung handele. Leider befinde sich die Stadt Burgdorf seit vielen Jahren in der Situation, Konsolidierungsvorschläge unterbreiten zu müssen. Hier sei beispielsweise gesagt worden, dass die Vereine an den Kosten der durch sie genutzten städtischen Liegenschaften zu beteiligen seien. Dies sei viele Jahre nicht der Fall gewesen, die Kostenbeteiligung wurde während der Corona-Krise ausgesetzt. Vereine seien meist finanziell knapp ausgestattet und die Kosten würden stetig steigen. Gleichwohl solle im weiteren Verlauf der Sitzung auch der Nachtragshaushalt beschlossen werden, welcher 40.000 € zusätzlich für die Vereine beinhalte. Die Kostenbeteiligung bei städtischen Liegenschaften stelle zwar eine Belastung für die Vereine dar, aber keine Überforderung. Er wirbt daher um Zustimmung.

**Beigeordneter H. Braun** erläutert, dass es sich nicht um eine Doppelung handele. Der sogenannte Duschgroschen aus dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt sei durch die nun vorgesehene Energiekostenbeteiligung ersetzt worden.

**Ratsherr Fleischmann** stellt klar, dass aus seiner Sicht dennoch eine Kürzung von Leistungen statfinde. Er gibt zu bedenken, dass aufgrund der Energiekrise massive Kostensteigerungen drohten und fragt, wie die Vereine diese Belastungen künftig stemmen sollen.

**Erster Stadtrat Kugel** stellt richtig, dass hier keine Dynamisierung der Energiekostenbeteiligung statfinde. Solle sich der Beitrag ändern, müsse der Rat erneut beschließen.

**Beigeordnete Heller** bittet Rats Herrn Fleischmann die Vorlagen endlich richtig zu lesen und sich entsprechend auf die Ratssitzungen vorzubereiten.

Der Rat fasst mit 26 Ja-Stimmen und vier Gegenstimmen mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

**Das in der Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 01.12.2025 vorgestellte Gebührenmodell wird zum 01.01.2026 umgesetzt.**

- 10. Grundsatzbeschluss zum Umgang mit § 36a BauGB - Einführung der BauGB-Novelle 2025**  
**Vorlage: BV 2026 1211**
- 

Die Tagesordnungspunkte 10 und 10.1 werden gemeinsam behandelt.

- 10.1. Grundsatzbeschluss zum Umgang mit § 36a BauGB - Einführung der BauGB-Novelle 2025**  
**Vorlage: BV 2026 1211/1**
- 

**Rats Herr Nijenhof** berichtet, auf Regionsebene sei erklärt worden, die Kommunen könnten den s.g. „Baturbo“ nutzen, die Bürgerinnen und Bürger hätten jedoch keinen Anspruch. Im Rahmen der Beratungen sei aufgenommen worden, den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau zu involvieren. Der „Baturbo“ werde überwiegend in

Fällen eingesetzt, die vom Bürgermeister in Delegation zu entscheiden wären. Er trage daher die Sorge, der „Baturbo“ würde dafür genutzt, Projekte umzusetzen, die der Rat nicht gutheiße.

Der Rat fasst mit 30 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Das dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügte Grundsatzpapier zur Anwendung des § 36a BauGB „Zustimmung der Gemeinde“ wird beschlossen.**

**11. Weiterentwicklung und Strukturierung des Präventionsrates Burgdorf**

---

Die Tagesordnungspunkte 11 bis 11.3 werden gemeinsam behandelt.

**11.1. Weiterentwicklung und Strukturierung des Präventionsrates Burgdorf  
Vorlage: BV 2026 1249**

---

**11.2. Weiterentwicklung und Strukturierung des Präventionsrates Burgdorf: Antrag der FGB-Fraktion  
Vorlage: A 2026 1249/1**

---

**11.3. Weiterentwicklung und Strukturierung des Präventionsrates Burgdorf  
Vorlage: BV 2026 1249/2**

---

Der Rat fasst mit 30 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die Empfehlungen des Landespräventionsrates Niedersachsen für die Struktur von erfolgreichen Präventionsräten Niedersachsen werden übernommen.**
- 2. Hierzu werden verbindlich eingerichtet:**
  - eine Lenkungsgruppe als steuerndes Gremium,
  - themenbezogene Arbeitsgruppen zur operativen Umsetzung, die bedarfsorientiert und auf Grundlage fachlicher Analysen sowie aktueller Präventionsbedarfe eingerichtet werden.
- 3. Zur Vorbereitung der themenbezogenen Arbeitsgruppen wird eine Bedarfsanalyse durchgeführt. Sie basiert auf drei Komponenten:**
  - auf Gesprächen mit relevanten Akteuren\*innen (Stakeholdern),
  - auf einer quantitativen Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und
  - auf einer öffentlichen Informations- und Dialogveranstaltung „Prävention in Burgdorf“.
- 4. Der Bürgermeister der Stadt Burgdorf wird beauftragt, die Zusammensetzung, Arbeitsweise und Geschäftsabläufe gemäß der dargestellten Struktur umzusetzen und dem Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Prävention (A-SIPG) regelmäßig über den Sachstand und die Resultate zu berichten.**
- 5. Der Präventionsrat wird gebeten, innerhalb von sechs Monaten nach seiner Konstituierung einen priorisierten Zielrahmen für Burgdorf zu entwickeln und**

dem Rat vorzulegen. Dabei sollen insbesondere solche Handlungsfelder berücksichtigt werden, bei denen in Burgdorf ein erkennbarer präventiver Bedarf besteht, insbesondere:

- Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit erhöhtem Schulabbruchrisiko,
  - Prävention von Gewalt im öffentlichen Raum,
  - Stärkung der Sprach- und Integrationskompetenz,
  - Schutz und Förderung von Mädchen und Frauen,
  - Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Schulen, Polizei und Ehrenamt,
  - Entwicklung von Sicherheitskonzepten für Bereiche (subjektiver) Unsicherheit, z. B. am Bahnhof, in der Bahnhofstraße, an Flüchtlingsunterkünften und auf Schulhöfen,
  - Abbau von Integrationshemmnissen durch erleichterte berufliche Tätigkeiten für zugewanderte Personen.
  - Die Zielsetzungen sollen in geeigneter Weise nachvollziehbar formuliert und messbar gestaltet werden, um erzielte Fortschritte transparent darstellen zu können.
6. Um eine wirksame und realistische Arbeit zu gewährleisten, konzentriert sich die Lenkungsgruppe jährlich auf eine begrenzte Zahl, maximal zwei, priorisierter Themenfelder. Für diese werden jeweils
- ein klarer Arbeitsauftrag,
  - eine federführende Stelle sowie
  - ein angestrebter Zeitrahmen
- festgelegt.
7. Der Präventionsrat berichtet dem Rat jährlich über
- die gesetzten Schwerpunkte,
  - die eingeleiteten Maßnahmen sowie
  - die erkennbaren Entwicklungen.

**12. Nachtragsstellenplan 2026**  
**Vorlage: BV 2026 1207**

---

Die Tagesordnungspunkte 12 bis 12.1 werden gemeinsam behandelt.

**12.1. Nachtragsstellenplan 2026**  
**Vorlage: BV 2026 1207/1**

---

**12.2. Nachtragsstellenplan 2026**  
**Vorlage: BV 2026 1207/2**

---

**Beigeordneter Hinz** leitet ein, er spreche heute für die Gruppe SPD/Grüne. Der Stellenplan enthalte einige interessante Positionen. Aufgefallen seien ihm u. a. acht Stellen für dauererkrankte Mitarbeitende. Er erläutere, eine Stelle sei dabei ein Verwaltungsinstrument, welches vorliegen müsse, um neues Personal einstellen zu können. Dabei sei eine passende Besetzung der Stellen besonders wichtig und auch die Führungskräfteentwicklung und Führungsqualität sei von Bedeutung, um Personal auch längerfristig zu binden. Ebenfalls begrüße er die Stelle für die

Digitalisierungsbeauftragte, welche helfen könne, mehr Leistungen für Bürgerinnen und Bürger digital anbieten zu können. Auch die Stelle für Zivilschutz und Gefahrenabwehr halte er für sinnvoll und notwendig. Veranstaltungen benötigen Sicherheitskonzepte und die Vorbereitung koste Arbeitszeit. Ebenso sinnvoll sehe er die Stelle für einen technischen Mitarbeitenden in der Gebäudewirtschaft an, der Zustand der städtischen Gebäude spreche hier für sich. Die Gruppe SPD/Grüne werde daher alle diese Stellen mittragen.

Zum Nachtragshaushalt erläutert er, dieser passe lediglich die Ergebnisse aus der Planung zum Doppelhaushalt 2025/2026 an, wodurch sich die Haushaltsplanung auf ein Minimum reduziere. Das Planergebnis falle schlechter aus als erwartet. Die Finanzplanung für die kommenden drei Jahre verbessere sich hingegen etwas. Dabei handele es sich überwiegend um Verschiebungen im Zeitablauf. Änderungen seien gut nachvollziehbar, die wenigen verbliebenen Fragen gut erklärt. Dabei sei von dem Berater Herrn Prof. Dr. Goldbach immer wieder deutlich gemacht worden, dass die Ergebnisse wichtiger seien, als die Planzahlen. Er hoffe nun auf signifikante Verbesserung durch weitere Einsparungen und appelliert an die Verwaltung, hier weiterhin alles auf den Prüfstand zu stellen. Daher sehe er auch die Stelle für die Betriebsorganisation positiv, frage sich aber, ob diese ausreiche. Weiter stütze er Hoffnungen zur Planungsgenauigkeit in die Planungssoftware BlueAnt. Investitionen seien unverzichtbar, der Rat habe sich damals den maroden Bauhof angesehen. Investitionen in die Zukunft zu verschieben, würde Projekte immer teurer machen. Kommunale Spitzenverbände machten immer wieder deutlich, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen besser werden müsse. Er dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung des Nachtragshaushaltes und kündigt seine Zustimmung an.

**Ratsherr Nijenhof** führt aus, er habe bei Herrn Prof. Dr. Goldbach studiert und stimmt zu, dass die Ergebnisse wichtiger seien als die Planung. Der Rat habe jedoch nur Einfluss auf die Planung und nicht auf die Ergebnisse. Es sei schon mehrfach kritisiert worden, dass die Ergebnisse häufig anders aussähen, als die Planung vorgegeben habe. Laut Stellenplan würden 12,25 Stellen geschaffen, während nur 215.000 € als Gegenfinanzierung zur Verfügung stünden. Dies liege vor allem daran, dass hier Stellen für Dauererkrankte geschaffen werden. Doch was wäre, wenn alle Dauererkrankten plötzlich gesunden würden? Dann würde hier Geld fehlen. Er erachte die Planung als nicht gut und kündigt an, die WGS werde, wie auch die vergangenen Jahre, gegen alle Haushaltsvorlagen stimmen.

**Ratsherr Fleischmann** kritisiert, dass teure „Protzbauten“ geschaffen werden, wofür die Bürgerinnen und Bürger letztlich die Zeche zahlen müssten. Nicht einmal die Landeshauptstadt Hannover würde sich eine derart große Schule wie die RBG leisten. Er zieht ferner den Vergleich zur Lehrter Stadtverwaltung, welche über deutlich weniger Mitarbeitende verfüge. Dort habe die Verwaltung Anträge auf die Sportförderung stellen können, während hier über fehlendes Personal gejammert werde. Er befürchte, eine Schaffung von Stellen bringe keine Verbesserung, wenn die Verwaltung insgesamt nicht funktioniere.

**Ratsfrau Lilienthal** schließt sich den Ausführungen von Herrn Nijenhof an und merkt an, dass zum 30.06. 107 Stellen nicht besetzt werden konnten.

**Stadträtin Vierke** stellt klar, dass die Stadt Lehrte bei ähnlichen Aufgaben über mehr Personal als Burgdorf verfüge. Bei den acht Stellen für Langzeiterkrankte

gebe es eine eindeutige Prognose der dauerhaften Dienstunfähigkeit. Im öffentlichen Dienst würde jedoch dringend zunächst eine Stelle benötigt, um neues Personal einstellen zu dürfen. Sonst würde nur eine befristete Einstellung erfolgen, was die Besetzung der Stellen erschwere. An Ratsfrau Lilienthal gewandt äußert sie die Vermutung, dass sich durch Teilzeitbeschäftigung die freien Stellenanteile summieren. Aussagekräftiger sei die Vollzeitäquivalente, die bei rd. 500 liege.

**Ratsherr Gawlik** führt aus, für ihn sei der Nachtragshaushaltsplan insgesamt nachvollziehbar und sinnvoll. Die FGB-Fraktion werde daher allen Vorlagen zustimmen. 2024 habe er dem Haushalt noch nicht zustimmen können, da Schwerpunkte nicht richtig gesetzt worden seien. Jetzt habe die Fraktion nur die Änderungen bewertet. Er erinnert an den Antrag zur Klageprüfung auf auskömmliche Finanzierung gegen das Land Niedersachsen. Die Ausstattung der Kommunen sei nicht sachgerecht für das, was ihnen aufgebürdet werde. Die Spitzenverbände würden viel fordern, hätten bislang jedoch wenig erreicht. Daher sei es an der Zeit, selbst zu handeln.

**Beigeordneter Hinz** stellt gegenüber Ratsherrn Fleischmann klar, dass die genannte Schule in der Landeshauptstadt zwar kleiner, aber wesentlich kostspieliger als die hiesige RBG gewesen sei.

**Ratsherr Nijenhof** bezeichnet die RBG als ein „Schnäppchen“. Garbsen habe damals ebenfalls über den Neubau einer Schule nachgedacht, sich jedoch dagegen entschieden. Nun stehe die dortige Verwaltung vor dem Problem, dass die Schule heute ein Vielfaches kosten solle. Hier in Burgdorf sei nur ein einziger Fehler hinsichtlich der RBG gemacht worden: Die Schule sei zu klein.

**Ratsherr Köneke** berichtet, es habe in den Fachausschüssen zunächst Diskussionen um den Stellenplan gegeben. Es gebe die Befürchtung, dass zunächst eine große Planung erfolge, um anschließend ein gutes Ergebnis präsentieren zu können. Es seien große Anstrengungen unternommen worden, um die Bedarfszuweisungen des Landes zu erhalten. Dass nun zwölf neue Stellen geschaffen würden, während vor wenigen Jahren noch mit Mühe zwei Stellen eingespart werden konnten, halte er für das falsche Signal. Ihm sei bewusst, dass es viele Posten gebe, für die neue Kräfte benötigt würden. Er vermisse jedoch Vorschläge, wo auch Stellen wegfallen könnten.

Ratsfrau Münzberg verlässt die Sitzung.

**Ratsherr Gawlik** stimmt Ratsherrn Köneke zu und bittet, die Suche nach Einsparpotenzial konsequent fortzusetzen. Er kritisiert dabei auch Investitionen auf Kreditbasis, da so hohe Kapitalkosten entstünden. Er gehe aktuell davon aus, dass für die RBG so insgesamt mit mind. 30 Millionen Euro Kapitalkosten zu rechnen sei. Er appelliert an den Rat bei jeder Investition zunächst genau zu überlegen, ob sie wirklich nötig ist oder einen unbezahlbaren Goldstandard darstelle.

**Ratsherr Fleischmann** merkt an, er halte Prozessverbesserungen in der Verwaltung für dringend erforderlich. Andere Kommunen hätten es geschafft, Anträge auf die Förderung der Sportmilliarde zu stellen, nur Burgdorf verfüge angeblich nicht über das notwendige Personal. Wie eine Prozessoptimierung in Burgdorf aussehen könne, würden andere Kommunen vormachen.

**Ratsvorsitzende Meinig** schließt die Redeliste und bittet um Abstimmung.

Der Rat fasst mit 24 Ja-Stimmen und fünf Gegenstimmen mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

**Als Bestandteil des Nachtragshaushaltsplanes 2026 wird der dem Originalprotokoll als Anlage A beigefügte Nachtragsstellenplan für das Haushaltsjahr 2026 beschlossen.**

**13. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2026 und Investitionsprogramm 2026 bis 2029**  
**Vorlage: BV 2026 1208**

---

Die Beratungen zur Nachtragshaushaltssatzung erfolgen gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 12 bis 13.2.

**13.1. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2026 - 1. Änderungsliste**  
**Vorlage: BV 2026 1208/1**

---

**13.2. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2026 - 2. Änderungsliste**  
**Vorlage: BV 2026 1208/2**

---

Der Rat fasst mit 24 Ja-Stimmen und fünf Gegenstimmen mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

**Die dem Originalprotokoll als Anlage B beigefügte 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2026 sowie das geänderte Investitionsprogramm für die Jahre 2026 bis 2029 werden beschlossen.**

**14. Übertragung des Alten Feuerwehrhauses Dachtmissen auf den Förderverein Historischer Löschzug der Stadt Burgdorf e. V.**  
**Vorlage: M 2025 1190/1**

---

Die Tagesordnungspunkte 14 und 14.1 werden gemeinsam behandelt.

**14.1. Übertragung des Alten Feuerwehrhauses Dachtmissen auf den Förderverein Historischer Löschzug der Stadt Burgdorf e. V.**  
**Vorlage: BV 2025 1190**

---

Frau Voss ist während der Abstimmung abwesend. Frau Neitzel befindet sich im Mitwirkungsverbot und begibt sich in den für die Zuhörerinnen und Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes.

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Stadt Burgdorf überträgt dem Förderverein Historischer Löschzug der Stadt Burgdorf e. V. das „Alte Feuerwehrhaus Dachtmissen“ inkl. Grundstück zum symbolischen Wert von 1 €.**

- 15. Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung - Nachbenennung durch die CDU-Fraktion  
Vorlage: BV 2026 1233**
- 

Ratsfrauen Voss und Kicza sind während der Abstimmung abwesend.

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Besetzung des Ausschusses wird, wie in der Anlage 2 zum Protokoll des Rates dargestellt, festgestellt.**

- 16. Beratende Mitgliedschaft des Seniorenrates Burgdorf im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr  
Vorlage: BV 2026 1259**
- 

Frau Kicza ist während der Abstimmung abwesend.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Ausschussbesetzung des Seniorenrates für den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr wird wie folgt neu festgestellt:**

**Beratendes Mitglied: .....Stefan Auerbach** (keine Veränderung)

**Stellv. Mitglied: .....Klaus Pracht** (vorher: Reinhard Bielefeld)

**Die Besetzung des Ausschusses wird, wie in der Anlage 1 dargestellt, festgestellt.**

- 17. Beratende Mitgliedschaft des Arbeitskreises Barrierefreies Burgdorf im Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung  
Vorlage: BV 2026 1261**
- 

Die Tagesordnungspunkte 17 und 17.1 werden gemeinsam behandelt.

- 17.1. Beratende Mitgliedschaft des Arbeitskreises Barrierefreies Burgdorf im Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung  
Vorlage: BV 2026 1261/1**
- 

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Die Anzahl der beratenden Mitglieder im Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung wird von acht auf neun Personen erhöht. Die Benennung der zusätzlichen Person erfolgt durch den Arbeitskreis Barrierefreies Burgdorf.
2. In den Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung werden als Vertretung des Arbeitskreises Barrierefreies Burgdorf

**Frau Britta Müller als beratendes Mitglied**

**und**

**Frau Ulrike Treptow als stellvertretendes beratendes Mitglied**

**benannt.**

3. Die Besetzung des Ausschusses wird, wie in der Anlage 2 dargestellt, festgestellt.

**18. Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses - Nachbenennung durch die CDU-Fraktion  
Vorlage: BV 2026 1232**

---

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Besetzung des Verwaltungsausschusses wird wie folgt festgestellt:**

**Verwaltungsausschuss:**

**Bürgermeister**

Pollehn, Armin

**stellv. Bürgermeister(in)**

1. Buhndorf, Andrea      SPD/Grüne  
2. Neitzel, Beate              CDU

**Beigeordnete**

**benannt durch  
Gruppe**

**Vertreter(in)**

**benannt durch  
Gruppe**

Hinz, Gerald  
Gersemann, Christiane  
Buhndorf, Andrea  
Heller, Simone  
Braun, Hartmut

SPD/Grüne  
SPD/Grüne  
SPD/Grüne  
SPD/Grüne  
SPD/Grüne

Sund, Björn  
Paul, Matthias  
Paul, Susanne  
Thöner, Dagmar  
Baumgarten, Claudia

SPD/Grüne  
SPD/Grüne  
SPD/Grüne  
SPD/Grüne  
SPD/Grüne

Neitzel, Beate  
Sieke, Oliver

CDU  
CDU

Höfner, Joachim  
Köneke, Klaus

CDU  
CDU

Schweer, Cord-Heinrich CDU Kicza, Tanja CDU

**Grundmandat**

**Stellv. Grundmandat**

Vehling, Dr. Karl-Heinz FGB Gawlik, Mario FGB

**Beratende Mitglieder der Verwaltung**

Erster Stadtrat  
Michael Kugel

Stadträtin  
Silke Vierke

**19. Pachtzins für die städtischen Kleingartenanlagen "Drei Eichen" und "Grüne Aue"  
Vorlage: BV 2025 1170**

---

**Bürgermeister Pollehn** berichtet das zwischenzeitlich aufgetretene Unstimmigkeiten in-  
zwischen mit den Vereinen geklärt werden konnten.

**Ratsherr Fleischmann** bedauert die Vereine, die hier wieder das Nachsehen hätten. Die  
Bürger müssten wieder für die Geldverschwendung von Rat und Verwaltung aufkommen.  
Er erachte die Verwaltung als unfähig und fordert, sich endlich auf die Pflichtaufgaben zu  
konzentrieren. Unter Herrn Stadtdirektor Bindseil sei noch mit spitzem Stift gerechnet  
worden. Er kündigt an, auch die Feuerwehrgebührensatzung sowie die Verwaltungskos-  
tensatzung ablehnen zu wollen.

**Ratsherr Nijenhof** fragt, ob die Pachterhöhung mit den Vereinen abgesprochen wurde.

**Bürgermeister Pollehn** bejaht.

**Ratsherr Nijenhof** erklärt, er empfinde eine moderate Anpassung als richtig. Zu den  
kommenden Vorlagen und dem damit einhergehenden Vorwurf seitens Ratsherrn  
Fleischmann stellt er klar, dass die von der Feuerwehrgebührensatzung erfassten Leistun-  
gen größtenteils mit Versicherungen abgerechnet werden und nicht mit den Bürgerinnen  
und Bürgern. Er werde den Vorlagen zustimmen.

**Beigeordnete Heller** dankt der Verwaltung für die Vorbereitung und einvernehmliche  
Ausarbeitung mit den Vereinen. Sie zeigt Verwunderung über die Aussagen von Rats-  
herrn Fleischmann und würde es begrüßen, wenn deutlich würde, dass Ratsherr Fleisch-  
mann sich permanent selbst widerspreche.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

**Die Pachtzinsen für die städtischen Kleingartenanlagen „Drei Eichen“ und  
„Grüne Aue“ werden rückwirkend zum 01.01.2026 um 10 % und zum  
01.01.2029 um weitere 10 % angehoben. Dieser Pachtzins wird bis zum  
31.12.2032 festgeschrieben.**

20. **Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr der Stadt Burgdorf außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung)**  
**Vorlage: BV 2026 1229**
- 

**2. stellv. Bürgermeisterin Neitzel** berichtet, dass der Feuerwehrausschuss einstimmig empfohlen habe. Die Anpassung der Gebührensatzung sei turnusmäßig alle paar Jahre vorgesehen.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

**Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr der Stadt Burgdorf außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung) wird in der sich aus der Anlage 1 der Vorlage Nr. BV 2026 1229 ergebenden (und dem Originalprotokoll als Anlage C beigefügten) Fassung erlassen.**

21. **Satzung der Stadt Burgdorf über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)**  
**Vorlage: BV 2026 1237**
- 

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und einer Gegenstimme mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

**Die Satzung der Stadt Burgdorf über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) sowie der zugehörige Kostentarif werden in der sich aus den Anlagen 1 und 2 der Vorlage BV 2026 1237 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlagen D beigefügten) Fassung beschlossen.**

22. **Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Obdachlosenunterkünften in der Stadt Burgdorf**  
**Vorlage: BV 2026 1250**
- 

**Ratsherr Nijenhof** stellt klar, dass die Gebühren gegenüber denjenigen geltend gemacht würden, die die Belegung vorschreiben und nicht gegenüber den Obdachlosen.

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Obdachlosenunterkünften in der Stadt Burgdorf wird in der sich aus der Anlage 1 der Vorlage Nr. BV 2026 1250 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlagen E beigefügten) Fassung erlassen.**

**23. Machbarkeitsstudien Rathäuser I, II und III - Konzept zur Sanierung der Rathäuser I-III**  
**Vorlage: BV 2020 1353/1**

---

Die Tagesordnungspunkte 23 bis 23.2 werden gemeinsam behandelt.

**23.1. Machbarkeitsstudien Rathäuser I, II und III - neue Stadtmitte Burgdorf - Rathaus neu denken - Antrag der Fraktion Freigeist Burgdorf**  
**Vorlage: A 2020 1353/3**

---

**23.2. Machbarkeitsstudien Rathäuser I, II und III**  
**Vorlage: BV 2020 1353/3**

---

**Ratsherr Nijenhof** lobt die Vorberatungen, die zu einem guten Ergebnis geführt hätten.

**Ratsherr Fleischmann** kündigt an, die Vorlage abzulehnen. Gerade in Zeiten des Wandels hin zum digitalen Büro und gleichzeitig hohen Leerständen in der Innenstadt zweifle er an der Sinnhaftigkeit, die Verwaltung in der Stadtmitte zu konzentrieren. Die Stadt werde auf hohen Sanierungskosten für die alte Realschule zusteuern und er wolle vermeiden, dass an das Rathaus III angebaut werde. Die Verwaltung solle lieber Gebäude nutzen, die ohnehin leer stehen würden.

**Beigeordneter Sieke** stimmt Ratsherrn Nijenhof zu. Die Beratung sei sehr konstruktiv gewesen und Argumente seien respektvoll ausgetauscht worden. Er bittet, über Punkt 1 gesondert abzustimmen, da er sich mit einem Neubau im Stadtpark nicht anfreunden könne. Weiter wünsche er sich die Machbarkeitsstudie größer zu fassen, wenn hier schon 30 Millionen Euro in die Hand genommen würden. Die Verwaltungsfabrik auf grüner Wiese sei dort nicht eingeschlossen. Mit der Erfahrung, wie viel Bauhof für 25 Millionen Euro geschaffen werden konnte, sei für ihn fraglich, wie viel Rathaus heute für 30 Millionen geschaffen werden kann. Den Vorschlag, Photovoltaik auf dem Dach des Rathauses I zu installieren, erachte er als unwirtschaftlich. Abgesehen von Punkt 1 wolle er der Vorlage zustimmen.

**Ratsherr Sund** möchte hervorheben, dass hier einer der wenigen Fälle vorliege, wo er und Beigeordneter Sieke einer Meinung seien.

**Ratsherr Gawlik** kündigt an, der Vorlage zustimmen zu wollen. Zu verdanken sei das der Beigeordneten Heller, die den Fachausschuss kurzzeitig zum Arbeitskreis umgewandelt habe. Es sei klar gewesen, dass die Vorlage nicht weiter vertagt werden könne und eine Entscheidung her müsse. Jetzt sei wichtig, die Weichen zu stellen, dass die Stadtmitte Burgdorfs gestärkt werde. Neue Verwaltungsgebäude sollten in der Nähe der anderen Rathäuser verortet werden. Einzelheiten würden im weiteren Verlauf zu klären sein. Heute gehe es darum festzulegen, womit die Verwaltung sich in den kommenden Monaten näher beschäftigen werde. Die FGB-Fraktion gehe diesen Weg mit, um die Leitplanken für die kommenden Jahre zu setzen.

**Ratsfrau Lilienthal** kündigt an, sich enthalten zu wollen. Sie könne nicht über neue Rathäuser sprechen, so lange Kinder in 50 Jahre alten Turnhallen Sport machen müssten.

**Beigeordnete Heller** merkt an, hier werde die Komplexität deutlich, mit der der Rat sich zu beschäftigen habe. Dabei könne nicht nur danach gegangen werden, wofür das eigene Herz schlägt. Vielmehr müsse für alle Einwohnerinnen und Einwohner gehandelt werden. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

**Ratsherr Paul** hebt hervor, dass es sich bei dem Rathaus II um ein stadtbildprägendes Gebäude handele, welches in öffentlicher Nutzung gehalten werden sollte. Das Rathaus II ist neben dem Schloss und dem Rathaus I eines der wenigen Gebäude, das auf Postkarten abgebildet werden könnte. Er erinnert daran, dass die Privatisierung vor 15 Jahren verhindert werden konnte und das Rathaus II schon oft „auf der Kippe“ gestanden habe. Dabei freue er sich, dass es immer noch steht. Dieses Gebäude zu erhalten, habe einen historischen Wert.

Für **Ratsherrn Nijenhof** sei fraglich, ob die Formulierung einer Verortung der Rathäuser in der Innenstadt die ehemalige Gudrun-Pausewang-Grundschule ausschließe. Die alte Realschule sei seiner Ansicht nach eher nicht in der engeren Auswahl. Das Rathaus II müsse dringend saniert werden, was schnellstmöglich erfolgen sollte, um weitere Kostensteigerungen zu verhindern. Dabei weist er darauf hin, dass immer nur von fehlenden Personalkapazitäten, nicht aber von fehlenden finanziellen Mitteln gesprochen werde. Einen weiteren Aspekt, welcher für diesen Beschluss spreche, sehe er in der Attraktivität der Arbeitsplätze. Eine Sanierung der Rathäuser habe zur Folge, dass die Mitarbeitenden gerne für die Stadt Burgdorf arbeiteten.

**Ratsvorsitzende Meinig** lässt über die Punkte 1 sowie 2 bis 6 getrennt abstimmen.

Der Rat fasst mit 23 Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen und vier Gegenstimmen mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die Leitidee ist, dass die Rathäuser der Stadt Burgdorf als Verwaltungsstandorte in der Stadtmitte konzentriert werden.**

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und einer Gegenstimme mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

- 2. Die von der Verwaltung vorgestellte Neubauvariante „3c – Neubau als Erweiterung des Rathauses III“ stellt keine verbindliche Planungsvariante dar, sondern lediglich einen möglichen Lösungsweg.**
- 3. Die alte Realschule wird nicht weiter als Verwaltungsstandort verfolgt.**
- 4. Interimslösungen und die Nutzung weiterer Liegenschaften sind zu vermeiden. Anmietungen sind in Abhängigkeit zu der notwendigen Anzahl der Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden auf ein erforderliches Minimum zu beschränken.**

5. Die Sanierung des Rathauses II wird weiterverfolgt.
6. Der Antrag der Fraktion Freigeist vom 27.02.2026 fließt hinsichtlich der Leitidee in die weiteren Überlegungen mit ein.

24. **Nutzungskonzept Rathaus I**  
**Vorlage: BV 2026 1252**

---

- abgesetzt -

25. **Zuwendungen/Spenden**  
**Vorlage: BV 2026 1226**

---

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Folgende Zuwendungen werden angenommen:**

- **Geldzuwendung in Höhe von 2.823 € an die Kita Ramlingen/Ehlershausen von dem Dorfverein Ramlingen/Ehlershausen,**
- **Sachzuwendung von Gehörschutz mit einem Wert von 117,20 € an die Astrid-Lindgren-Grundschule von dem Förderverein der Astrid-Lindgren-Grundschule,**
- **Sachzuwendung von Sitz-Tischen mit einem Wert von 319,61 € an die Astrid-Lindgren-Grundschule von dem Förderverein der Astrid-Lindgren-Grundschule,**
- **Sachzuwendung von Material für den Schulhund mit einem Wert von 259 € an die Astrid-Lindgren-Grundschule von dem Förderverein der Astrid-Lindgren-Grundschule,**
- **Sachzuwendung von Entdeckerkarteien mit einem Wert von 434,95 € an die Astrid-Lindgren-Grundschule von dem Förderverein der Astrid-Lindgren-Grundschule,**
- **Sachzuwendung von einem Lions-Quest-Seminar mit einem Wert von 323,34 € an das Gymnasium Burgdorf von dem Gymbu-Schulverein,**
- **Sachzuwendung von einem Zuschuss für den Besuch des White-Horse-Theatre mit einem Wert von 1.326 € an das Gymnasium Burgdorf von dem Gymbu-Schulverein,**
- **Sachzuwendung von Mappen für das Pausensingen mit einem Wert von 153,80 € an das Gymnasium Burgdorf von dem Gymbu-Schulverein,**
- **Sachzuwendung von einem Zuschuss für die Teilnahme der RoboCup AG an**

einem Wettbewerb mit einem Wert von 2.200 € an das Gymnasium Burgdorf von dem Gymbu-Schulverein,

- Sachzuwendung von Büchern für die Bücherei mit einem Wert von 602,23 € an das Gymnasium Burgdorf von dem Gymbu-Schulverein,
- Sachzuwendung von 2 Übungsdefibrillatoren und 2 Pulsoximetern mit einem Wert von 395,05 € an das Gymnasium Burgdorf von dem Gymbu-Schulverein,
- Sachzuwendung von Schwimmflossen für den Schwimmunterricht mit einem Wert von 296,45 € an das Gymnasium Burgdorf von dem Gymbu-Schulverein,
- Sachzuwendung von Pausenspielzeug für die 5. Klassen mit einem Wert von 349,20 € an das Gymnasium Burgdorf von dem Gymbu-Schulverein,
- Sachzuwendung von dem ESP Smart Home für die Programmier AG mit einem Wert von 644,84 € an das Gymnasium Burgdorf von dem Gymbu-Schulverein,
- Sachzuwendung von 10 Paar Kopfhörern für den Musik-Unterricht mit einem Wert von 980 € an das Gymnasium Burgdorf von dem Gymbu-Ehemaligen-Verein,
- Sachzuwendung von Glockenspielen für den Musik-Unterricht mit einem Wert von 500 € an das Gymnasium Burgdorf von dem Gymbu-Ehemaligen-Verein,
- Sachzuwendung von einer Fahrt mit Omnibussen mit einem Wert von 1.530 € an die Waldschule Ramlingen/Ehlershausen von dem Förderverein der Waldschule Ramlingen/Ehlershausen.

**26. Konzept Winterdienst - Antrag von Ratsmitglied Michael Fleischmann  
Vorlage: A 2026 1260**

---

**Ratsherr Fleischmann** erläutert seinen Antrag, welchen er nach den starken Schneefällen vor wenigen Wochen verfasst habe. Eine ältere Frau sei gestürzt, andere hätten tagelang ihr Haus nicht verlassen können. Er wünsche sich einen leistungsfähigen Winterdienst auch bei derartigen Witterungsbedingungen. Es müssten Priorisierungen vorgenommen und Kooperationen mit Landwirten geprüft werden.

Ratsfrau Lilienthal verlässt die Sitzung.

**Ratsherr Nijenhof** äußert Unverständnis über den Antrag. Ein solches Konzept gebe es doch bereits. Er könne hier keine neuen Punkte erkennen.

**Bürgermeister Pollehn** bestätigt dies.

**Ratsvorsitzende Meinig** erinnert daran, dass es dennoch gute Tradition des Rates sei, Anträge zunächst in den Fachausschuss zu verweisen.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Der Antrag wird in den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten überwiesen.**

27. **Initiative zur Wiedereinführung des Kfz-Kennzeichens „BU“ - Antrag der Fraktion WGS FreieBurgdorfer**  
**Vorlage: A 2026 1262**
- 

- abgesetzt -

28. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**
- 

- 28.1. **Windenergieanlagen im Bereich Ahrbeck - Anfrage von Ratsmitglied Herrn Michael Fleischmann**  
**Vorlage: F 2025 1189/1**
- 

**Ratsvorsitzende Meinig** erläutert, dass eine Aussprache über die Beantwortung von Anfragen nicht stattfindet, jedoch bis zu drei Zusatzfragen des Fragestellers zulässig seien. Sie fragt Ratsherrn Fleischmann, ob er Zusatzfragen habe.

**Ratsherr Fleischmann** merkt an, dass das alles sehr unbefriedigend sei. Zusatzfragen habe er nicht.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**Einwohnerfragestunde**

Die Fragen der Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als **Anlage 3** beigelegt.

**Ratsvorsitzende Meinig** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:48 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführerin